

Du, Kollege bist in der Krise!

von Dolf Schiesser, Teamer im ver.di Bildungszentrum Haus Brannenburg

Wenn schon Krise, dann wenigstens keine falsche Analyse

Personalisierende Anklagen gegenüber ‚gierigen Bankern‘ oder von außen einfallenden ‚Heuschrecken‘ führen in ihrer Falschheit bestenfalls zu törichtem wie vergeblichem Trotz: „Wir bezahlen eure Krise nicht!“ scheint das Motto kollektiver Empörung zu lauten, als ob eine Gruppe von verantwortungslosen, gierigen Individuen die Krise gemacht hätte, unter der nun die Allgemeinheit leiden müsste. Wäre es so, wären die Rezepte billig zu haben. Und in der Tat haben solche Konjunktur: schärfere Gesetze, andere und mit Haftung belegte Manager, moralischer Wertewandel, Phantasien von einer Rückkehr zum „guten“ rheinischen Kapitalismus der 1950er bis 1970er Jahre oder von einem wahlweise rechts- oder linksautoritären Staatsinterventionismus.

Die Erklärung der Krise mit „Gier“ ist ungefähr genauso intelligent wie die Erklärung der Arbeitslosigkeit mit „Faulheit“. Viele – auch Linke – überbieten sich zusammen mit Politikern und Medien darin, den Ackermanns, Schaefflers, etc. die Schuld in die Schuhe zu schieben. Eine – noch dazu personalisierte – Verschwörungsphantasie. Wer an Bösewichter glaubt, stellt die Systemfrage nicht. Und umgekehrt.

Wer oder was ist ‚Schuld‘?

Jeder, der morgens zur Lohnarbeit geht und jeder, der daraus Profit zieht! Der Kapitalismus lebt von der Illusion ewigen Wachstums. Andernfalls jammern Unternehmerverbände, Gewerkschaften, Politiker und Kommentatoren. Denn dann geht es an Profite, Arbeitsplätze und Steuereinnahmen – an die Grundlagen von Wirtschaft und Staat. Kapital strebt nicht nach moderatem Profit, sondern nach Maximalprofit: es muss möglichst viel in Rationalisierung und Ausweitung der Produktion reinvestieren, um im tödlichen Konkurrenzkampf zu überleben. Profit lässt sich letztlich nur aus der Verwertung menschlicher Arbeitskraft ziehen, denn nur diese ist in der Lage, mehr Wert zu produzieren, als sie selber hat. Nur wer einen Nutzen für den Kreislauf aus ewigem Wachstum und Maximalprofit abwirft, kann vom Verkauf seiner Arbeitskraft leben. Andernfalls ist er nicht „verwertbar“, also überflüssig. Produktivitätssteigerungen (z. B. Computerisierung) erfordern jedoch immer weniger Menschen, um immer größere und immer billiger produzierte Warenberge anzuhäufen. Es gibt also immer weniger „verwertbare“, entlohnungsberechtigte und profitable Menschen. Überproduktions- bzw. Unterkonsumtionskrisen sind die Folge. Sind keine weiteren Marktsegmente für die Verwertung in Sicht, muss sich das Kapital aus der Warenproduktion zurückziehen und in die Finanzsphäre fliehen, wo die Spekulation auf zukünftige Profite die Hoffnung auf Maximalprofit und Wachstum weiter nährt. Eine lange Zeit sehr gut begründete Hoffnung, wie die Spekulationsgewinne von Konzernen zeigte, die z. T. noch höher waren als die aus ihrer Warenproduktion – manche gründeten mit ihren gigantischen Kapitalüberschüssen sogar eigene Banken (z. B. VW-Bank).

Erzielung von Maximalprofiten ist alleiniger Sinn und Zweck des Kapitalismus. Insofern erzwingt er – bei allen Beteiligten – eine Mentalität, die man zur Not mit dem unzulänglichen (Un)Tugendbegriff der ‚Gier‘ belegen kann – dann aber gilt er für alle am „Spiel“ Beteiligten: Kapitalverfüger wie Arbeitnehmer! Somit tun auch Manager und Börsianer mit ihrer irrwitzigen Finanzakrobatik letztendlich genau das, was die Marktwirtschaft von ihnen verlangt: höchst mögliche Profite für ein unendliches Wachstum herauschlagen.

Geht allerdings die Kreditwürdigkeit an einer Stelle flöten, fällt das ganze Kartenhaus in sich zusammen. Das erleben wir gerade. Das eigentliche Problem ist also die kapitalistische Wirtschaft selbst mit ihren Grundlagen.

Exkurs jenseits der Ökonomie

Abstrakt bietet sich ein Blick auf die Weltwirtschaftskrise von 1929 an. Millionen Arbeitslose, Sozialabbau, Verelendung, Entwertung. Auch hier wurden die Armen mehr und immer ärmer und die Reichen weniger und immer reicher. Die wenigsten Menschen verstanden diese existenzielle Krise, da auch hier eine Kenntnis über die Zusammenhänge der kapitalistischen Wirtschaft fehlte.

Und auch hier wurde die grundlegend falsche aber politisch so schrecklich folgenreiche Gegenüberstellung von Produktivkapital und Finanzkapital getätigt. Damals nannte man es die von „schaffendem“ und „raffendem“ Kapital. Letzteres war in der nationalistisch-rassistischen Wahnvorstellung fest im Griff der Juden als „gierige Bösewichter“. Nach einem Jahrzehnt phantasierte sich dann die deutsche „Volksgemeinschaft“ ihre „Erlösung“ im Holocaust. Auch der Begriff „Heuschrecke“ im finanzwirtschaftlichen Zusammenhang ist spätestens seit Veit Harlans Film „Jud Süß“ antisemitisch konnotiert.

Umso erschreckender ist daher, dass in großen Teilen der Linken wiederum die Gegenüberstellung von „Finanzkapital“ und „Realwirtschaft“ nachgeplappert wird, ohne zu merken, wie falsch sie ist und was damit für historische Bilder evoziert (hervorgerufen) werden. Leider gilt das auch für eine ver.di-Broschüre (hrsg. vom Bundesvorstand), die bereits im Titel ihre Denkform verrät: Finanzkapitalismus. Geldgier in Reinkultur! (2007). Ihre gleichzeitige Analyseschwäche offenbart sie in ihrer Tendenz, die fehlende ökonomische Analyse durch eine politische Verschwörungstheorie (Bundesregierung, USA) zu ersetzen. Die Rede von Hedge-Fonds, die vermeintlich von ‚außen‘, d.h. aus USA, wie eine Flutwelle über ‚uns‘ kommen, gepaart mit einem Beklagen fehlender Investitionen in die ‚inländische Produktion‘ erleichtern m.E. die Evozierung (das Hervorrufen) antiamerikanischer und nationalistischer Ressentiments. Eine Aufstellung „deutschen Kapitals“ (z. B. Allianz), das sich in Hedge-Fonds befindet, könnte da erkenntnisfördernd sein. Bis in die Graphiken hinein lässt sich eine starke Tendenz zur Personalisierung und Biologisierung ökonomischer Prozesse feststellen. Wohlgemerkt: hier soll keinesfalls eine Absicht unterstellt werden! Sehr wohl aber eine bemerkenswerte Unsensibilität. Hinzu kommt eine retrospektive Idealisierung der ‚sozialen Marktwirtschaft‘ der 1950 bis 1970er Jahre – sozusagen als „guter Kapitalismus“. Leider verschleiern solche „Analysen“ mehr als sie zur Aufklärung beitragen – vor allem angesichts eines Alltagsbewusstseins vieler Kollegen, dem rechtsextreme Topoi (Gemeinplätze) nicht fremd sind. (s. Studien zum rechtsextremen Potential in Gewerkschaften! z. B. 1998, 2004).

Ähnliches gilt übrigens auch für den unreflektiert und synonym mit „marktradikal“ benutzten Begriff „neoliberal“. Neoliberalismus ist eine sozial-ökonomische Denkrichtung, die auf zwei Totalitarismen des 20. Jahrhunderts reagiert, einen freien Markt fordert und zugleich staatliche Rahmenbedingungen, die zwar die Kapitalverwertungsbedingungen sichern sollen, zugleich aber vor Verzerrungen des Marktes (Monopol- und Kartellbildung) sowie sozialen Verwerfungen schützen sollen. Gerade in Deutschland (Freiburger Schule) ist Neoliberalismus daher eher synonym mit „Ordo-Liberalismus“ und „sozialer Marktwirtschaft“ als mit Marktradikalismus. Zweifellos muss eine Linke den Neoliberalismus ebenso kritisieren wie einen Marktradikalismus. Kritisiert man aber den letzteren mit dem falschen Begriff, dürfen Linke sich nicht wundern, dass sie die soeben gescholtenen ‚Neoliberalen‘ an ihrer Seite finden.

Begriffsschlamperei sowie der Verzicht auf an die Wurzeln gehende (radikale) ökonomische Analyse macht die historische Zerrüttung der politischen Linken offenbar. Dabei war die ökonomische Analyse einmal die Königsdisziplin der Linken! Je mehr sie einem Ressentiment geladenem antikapitalistischem Protest oder staatssozialistischen Affinitäten verhaftet bleibt, desto länger und schmerzhafter wird ihr Weg zu einer kulturellen Hegemonie werden.

Gewerkschaften aber können wegen ihres Interessenvertretungsmandats für einen konstitutiven Bestandteil des Kapitalismus – die Arbeitnehmer – noch weniger auf eine illusionslose und radikale Analyse kapitalistischer Ökonomie verzichten. Begriffsdiffusionen und verschleiernde Analysen wirken hier geradezu kontraproduktiv. Dabei geht es nicht um eine Extremisierung ihrer Praxis, gleichwohl aber um eine enttäuschende Analyse. Diese Spannung zwischen Erkenntnis und Praktikabilität müssen beide ertragen lernen, die Gewerkschaften als Organisation wie auch die Arbeitnehmer. Ohnehin beziehen sie ihre Legitimation aus der Verknüpfung der Komponenten, innerhalb des Systems Erfolge erzielen zu müssen und andererseits für die volle Teilhabe der Arbeitnehmer am Arbeitsertrag und an der Verfügungsgewalt über die Produktionsmittel auf eine Sprengung des Systems hin zu arbeiten.

Begriffsnebel, Ideologie und antiaufklärerische Scheinanalyse kann eine medial beherrschte politische Öffentlichkeit allemal besser und effektiver produzieren als es Linke und/oder Gewerkschaften je könnten. Wir sind zur Aufklärung verdammt!

Von der Verstaatlichung der Krise zum Staatsbankrott

Wie bei vergangenen Krisen auch springt auch in der gegenwärtigen der ‚ideelle Gesamtkapitalist‘ Staat als letzte Instanz ein, um die Wachstums- und Maximalprofitmaschine am Laufen zu halten. Dabei wird geprüft, was „systemrelevant“ ist und wo Marktbereinigungen vorgenommen werden sollten. Gegenwärtige und künftige Arbeitslose sind sicher nicht „systemrelevant“, Kredit gebende Banken sehr wohl, ebenso Unternehmen, die „too big to fail“ sind. Bürgschaften, Konjunkturprogramme und Verstaatlichungen sind hierbei die Standardmittel, die jedoch astronomische Geldsummen kosten. Staaten – z. T. bereits vor der Krise verschuldet – vervielfachen nun ihre Schulden. Für einen künftigen Schuldenabbau bleiben ihnen die drei klassischen Wege: Ausgabenkürzung, Steuermehreinnahmen und Geld drucken. Da die ersten beiden Wege aus systemerhaltenden Gründen nicht grenzenlos gangbar sind, bleibt der inflationsfördernde dritte. Die Krise wird verstaatlicht. Spätestens an diesem Punkt sollte jedem Arbeitnehmer wie auch jedem Nicht-mehr-Arbeitnehmer klar werden, dass sein Aufschrei „Eure Krise bezahlen wir nicht!“ ein törichtes Rufen im Walde war. Darüber hinaus sollte klar werden, dass Verstaatlichung – nicht nur wegen der desaströsen staatssozialistischen Erfahrung – noch nie eine Alternative zum Kapitalismus war.

Ein Moment dafür, dass das Kapital aus der Produktionssphäre in die Finanzsphäre floh und eine Spekulationsblase, also die gegenwärtige Krise, beförderte, war die zu geringe Kaufkraft. Diese wird nach dem Platzen der Blase und der Verstaatlichung der Krise noch geringer. Damit fällt aber eine wesentliche Quelle für die so dringend notwendige Realisierung von Profiten weg. Wenn zudem immer mehr Leute „überflüssig“ werden, gibt es eigentlich keinen „vernünftigen“ Grund mehr, die noch so geringe oder hohe Profitmasse durch Löhne zu schmälern? „Wir bezahlen Eure Krise nicht?“ Wer sonst!

Die gigantischen Bankenrettungspakete sind ebenso skandalös wie systemimmanent notwendig. Ohne sie würde die Grundlage der Gesellschaft innerhalb kürzester Frist und weltweit zusammenbrechen, womit niemandem gedient wäre. Wie lange sie aber den globalen Crash noch hinauszögern können, ist offen. Die Banken sind das Herz eines Systems, das auf dem Glauben beruht, es müsse alles und jedes gegenseitig „in-Wert-gesetzt“ und getauscht werden: Wer keinen „Wert“ hat, erhält auch nichts dafür. Da ist der Tauschwert-Markt sehr „gerecht“. Geld regiert nur auf den ersten Blick die Welt. Tatsächlich regiert jenes Tauschwertprinzip, dessen Ausdrucksform das Geld ist.

Folglich stellen sich fundamentale Fragen. Wer sie sich nicht stellt, ist selbst in der Krise. Möglichst schnell wieder weitermachen wie bisher? Wieder so viele Tauschwerte – manche haben zufällig sogar einen Gebrauchswert – produzieren wie früher? Eigentlich ja noch mehr, denn Wachstum muss ja sein? Wieder alle „vollbeschäftigt“ mit irgendwelchem Unsinn, Hauptsache, es lässt sich Geld damit verdienen? Immer noch glauben, dass es mit dem Arbeiten-müssen-um-Geld-zu-verdienen-weil-wir-sonst-nicht-leben-können ewig so weiter geht? In der irren Hoffnung, dass schon noch irgendwas für uns abfallen wird?

Wie wär’s mal mit dem Ziel eines menschenwürdigen Lebens statt mit dem, Arbeit zu haben? Ob das mit der Lohnarbeitsorganisation Gewerkschaften geht?

Hier können Sie zu diesem Text mitdiskutieren(4 Wochen Diskussionszeit bereits beendet): <http://haus-brannenburg.de/blog/category/diskussionsforum/>